

## Naturschützer fordern mehr Bannwald

**Stuttgart.** Die Landesforstverwaltung ist nach Ansicht von Naturschützern zu stark auf den wirtschaftlichen Wert des Waldes ausgerichtet. „In der Waldbilanz 2007 geht es zum größten Teil um Holz und Euro“, kritisierte Gerhard Maluck, Waldexperte beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Stuttgart. Die wichtigsten Aufgaben des Waldes seien aber nicht zu beziffern, betonte Maluck. „Welchen Wert hat sauberes Wasser? Oder ein Hirschkäfer?“

Die Zahlen in der neuen Waldbilanz seien „im Großen und Ganzen o.k.“, sagte Maluck. Allerdings bleibe manches auch ungesagt. So werde zwar in der Studie für das Landwirtschaftsministeriums betont, dass im Vergleich zum Vorjahr zehn Prozent weniger Holz im ganzen Land geschlagen wurde. Es werde aber nicht gesagt, dass dieser Wert immer noch rund zehn Prozent über dem Hiebsatz für nachhaltige Forstwirtschaft liege. Es sei normal, dass mehr Bäume gefällt würden, wenn der Preis gut ist. „Aber die Landesforstverwaltung tritt bei sehr schlechten Preisen überhaupt nicht auf die Bremse“, beanstandete Maluck.

Der BUND-Waldexperte bedauerte, dass verstärkt alte Bäume geschlagen würden, die besonders wertvoll für den Arten- und Naturschutz seien. „Dabei sind so alte Bäume oft gar nicht besonders lukrativ.“ Auch dass der Anteil an unberührtem Wald, so genanntem Bannwald, in Baden-Württemberg bei nur 0,5 Prozent liege, fand seine Missbilligung. Die Bundesregierung habe längst die Notwendigkeit von fünf Prozent Bannwald erkannt, sagte er. Das Land jedoch habe vor 20 Jahren nur ein Prozent zum Ziel erklärt. Und selbst dieses längst veraltete Ziel sei in den 20 Jahren nur halb verwirklicht worden. Dabei sei Totholz sehr wichtig als Lebensraum für seltene Arten wie den Hirschkäfer. „Wo findet man denn heute überhaupt noch abgestorbene Eichenholz im Wald?“ lsw



Magnetwellen statt Kettensäge: Mit einem Computertomographen blicken Forscher der Forstlichen Versuchsanstalt in Freiburg ins Innere der Baumstämme. Foto: dpa

# Wald wirft viel Geld ab

## Gewinn mit Holz aus dem Staatsforst im vergangenen Jahr verdreifacht

**Der Wald erholt sich wegen des feuchten Sommers etwas – und bringt dem Land zugleich dank großer Nachfrage und hoher Holzpreise ein deutliches Plus.**

**Stuttgart.** Nach Abzug aller Kosten hat der Staatswald im gesamten vergangenen Jahr gut 15,3 Millionen Euro eingebracht. Damit hat sich der Gewinn mehr als verdreifacht, obwohl zehn Prozent weniger Holz geschlagen wurde. Das sagte Agrarminister Peter Hauk (CDU) gestern in Stuttgart. 2006 lag der Gewinn noch bei 4,4 Millionen Euro.

Forstexperten arbeiten derzeit am neuen Waldschadensbericht, der im Herbst vorgestellt wird. „Es sieht gar nicht schlecht aus“, berichtete Landesforstpräsident Max Reger. Vor allem das günstige Wetter mit viel Regen und wenig Hitze sei die Ursache für das Zwischenhoch.

Bei diesen Bedingungen können die Waldbäume gut wachsen.

Grund für das Einnahmehoch sind nach Hauks Worten die „erfreulichen Holzpreise“. Sie lagen 2006 noch bei durchschnittlich 50 Euro je Kubikmeter, 2007 dagegen bei 64 Euro. Moderat gestiegen sind nach Angaben der Landesforstbehörde die Preise für das Brennholz. Zum größten Teil wird das von Privatleuten gekauft. Dass zehn Prozent weniger Bäume geschlagen wurden, begründete die Forstbehörde unter anderem damit, dass weniger Stämme durch Käfer geschädigt wurden. Das Orkantief „Kyrill“ im Januar 2007 habe in Baden-Württemberg zudem vergleichsweise geringe Schäden verursacht.

Insgesamt fielen 2,52 Millionen Kubikmeter Holz Axt und Säge zum Opfer. In den vergangenen 15 Jahren wuchs die Forstfläche im Südwesten um etwa drei Prozent, über-

wiegend in ländlichen Regionen. Rund um die Städte gibt es dagegen immer weniger Wälder. Besonders waldarm sei Ludwigsburg, sagte Hauk. Der Klimawandel setzt dem Wald immer mehr zu. „Eine erhöhte Belastung unserer Wälder in Folge des Klimawandels ist sehr wahrscheinlich“, sagte Hauk. Der Anbau

### Pro Kopf 80 Bäume

Nicht nur der Schwarzwald begründet den Ruf des Südwestens als Waldland: 38,1 Prozent der Landesfläche ist bewaldet. Damit kommen auf jeden Einwohner 36 mal 36 Meter Forst mit 80 Bäumen im Schnitt. Seit 30 Jahren werden im Staatswald mehr Laubbäume gepflanzt. Nadel- und Laubbäume je zur Hälfte ist das Ziel.

der Fichte schein vielerorts gefährdet, vor allem in den wärmeren Regionen etwa am Rhein. Waldbesitzer seien gut beraten, heimische Laub- und Mischwälder anzubauen. Für den Schwarzwald, in dem überwiegend Fichten wachsen, gebe es auch eine Alternative. Hier sei schon früher die Weißtanne gut gewachsen. Hauk: „Sie liebt die Wärme.“

Nach der Waldbilanz 2007 ist der Anteil stark geschädigter Flächen auf 40 Prozent gesunken. Das sind fünf Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Dennoch sei das noch kein Grund zum Aufatmen, betonte Forstpräsident Reger. Der Wald bleibe angeschlagen und stark schadstoffbelastet: „Mittlerweile kommen auf jeden Hektar 25 bis 30 Kilo Reinstickstoff. Das ist soviel, wie in der Landwirtschaft noch vor dem ersten Weltkrieg gedüngt wurde“, berichtete Hauk. lsw

## EU-Auftrag an Freiburger Forscher

**Freiburg.** Welche Bäume trotzen dem Klimawandel am besten? Wie sieht der Wald bei höheren Temperaturen und veränderten Niederschlägen in Zukunft aus? Diesen Fragen wird die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt (FVA) in Freiburg verstärkt nachgehen – für die Europäische Union. Die FVA habe den Zuschlag für ein millionenschweres Forschungsprojekt erhalten, bestätigte das Agrarministerium in Stuttgart. Zunächst vier Jahre lang werden die Auswirkungen des Klimawandels auf den Wald erforscht. Die Forschungsanstalt in Freiburg übernimmt auch die internationale Koordination des Projekts „Motive“ mit 20 Partnern aus 14 Ländern.

Los geht es im nächsten Jahr. Die EU stellt rund sieben Millionen Euro Fördermittel für vier Jahre bereit. Rund 750 000 Euro bleiben mit Sicherheit für eigene Forschung im Land. Ergänzt werde dies durch ein Landesprogramm, das schon seit einigen Jahren laufe. „Es hat sich aber gezeigt, dass es einen grundlegenden Forschungsbedarf gibt“, sagte Agrarminister Peter Hauk. Es sei davon auszugehen, dass die Belastungen für den Wald durch langanhaltende Trockenheit und Hitzeextreme in der Zukunft zunehmen.

„Ein Trend zeigt etwa den Rückzug der Fichte aus den Tieflagen an.“ Ihr Platz werde dort durch diverse Laubbäume eingenommen.

Die Waldbesitzer bräuchten dringend genauere Angaben, auch was die Pflege des Waldes der Zukunft angehe. Für das EU-Forschungsvorhaben sei unter anderem eine große Fallstudie im nördlichen Schwarzwald geplant.

In Baden-Württemberg besitzen 1073 Kommunen und Körperschaften rund 536 000 Hektar Wald, das Land etwa 329 000 Hektar und der Bund 8000 Hektar. Den Privatbesitzern gehören 513 000 Hektar; von diesen gelten 341 000 Hektar als Kleinprivatwald, weil die insgesamt rund 220 000 Eigentümer jeweils nur bis zu 200 Hektar haben. lsw

## KURZ UND BÜNDIG

### Schütze gefasst

**Mannheim.** Mehr als drei Monate nach den Schüssen durch ein Schlafzimmerfenster auf eine Familie in Mannheim ist der mutmaßliche Schütze gefasst worden. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft gestern mitteilten, wurde der 52-Jährige durch DNA-Spuren überführt. Diese waren an Munitionshülsen sichergestellt worden, die in dem Schlafzimmer gefunden worden waren. Die Familie war unverletzt geblieben. Die Hintergründe der Tat seien noch unklar.

### Blitz schlägt in Hof ein

**Pfullendorf.** Ein Bauernhof hat am Dienstagabend in Pfullendorf (Kreis Sigmaringen) nach einem Blitzschlag Feuer gefangen. Es sei ein Schaden in Höhe von 300 000 Euro entstanden, teilte die Polizei gestern mit. Noch rechtzeitig konnten 35 Milchkühe aus dem Stall gerettet werden.

### Angriff mit siedendem Öl

**Mannheim.** Unter Tränen hat gestern eine 44-Jährige in Mannheim vor Gericht gestanden, ihren Ehemann mit siedendem Öl übergossen zu haben. „Ich habe Stimmen gehört“, ließ die vierfache Mutter aus der früheren serbischen Provinz Kosovo vor dem Landgericht die Dolmetscherin übersetzen. Das Motiv für die Attacke auf ihren 50 Jahre alten Mann im Januar konnte sie nicht erklären. Das Opfer erlitt schwere Verbrennungen. Die Staatsanwaltschaft wertete die Tat als versuchten Mord und gefährliche Körperverletzung. Die Frau leidet jedoch an einer schizophrenen Erkrankung und ist schuldunfähig. Sie soll in einer Psychiatrie untergebracht werden.

### Brandstifter in Haft

**Reutlingen.** Ein 19-Jähriger sitzt in Untersuchungshaft, weil er mehrere Brände in Reutlingen gelegt haben soll. Wie die Behörden gestern mitteilten, hat er in der Nacht zum Dienstag am Kellereingang eines Wohnhauses Sperrmüll angezündet. Im Mai habe er Feuer in einem Supermarkt gelegt, im März soll er einen Kinderwagen im Flur eines Wohnhauses in Brand gesetzt haben. Der junge Mann habe die Taten gestanden und mit Langeschleife erklärt.

## Kein Alkohol im Park

### Bruchsal erlässt Zechverbot von 22 bis 6 Uhr

**Bruchsal.** Nach Freiburg geht nun auch Bruchsal (Kreis Karlsruhe) mit einem Alkoholverbot in Teilen der Innenstadt gegen Trinkgelage vor. Von morgen an gilt den Angaben der Stadt zufolge ein vorerst bis zum 26. Oktober befristetes Verbot. Die Polizeiverordnung gilt für alle, richtet sich jedoch vor allem gegen die Jugendbanden, die sich regelmäßig im Schlosspark treffen. Immer wieder hatte es zuletzt massive Sachbeschädigungen und Beschwerden wegen Ruhestörungen gegeben.

Vor allem an Wochenenden treffen sich Jugendliche aus dem nördlichen Landkreis am Schlosspark. „Wir haben eine wahnsinnige Zunahme an Sachbeschädigungen und Vandalismus“, sagte der Leiter des Bruchsaler Polizeireviere, Polizeioberst Karl-Heinz Ploß. Angaben der Stadt zufolge entstand seit

2006 ein Sachschaden von rund 40 000 Euro. Das Verbot sei wichtig, weil auch die Gespräche mit Jugendlichen in den vergangenen Monaten „so gut wie nichts gebracht“ hätten.

Zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr am Morgen ist nun das Trinken und der Besitz von Alkohol verboten, teilte die Stadt mit. Bei Verstößen drohen Platzverweise und Geldbußen bis zu 500 Euro.

Baden-württembergischer Vertreter des Verbots ist Freiburg, wo das Alkoholverbot auf der Straße bereits seit dem Jahresanfang in einem bei Jugendlichen beliebten Kneipen- und Diskothekenviertel in der Innenstadt strikt verboten ist. Die Regelung wurde vor kurzem um zwei Jahre verlängert. Auch in Freiburg soll mit dem Verbot die Zahl der Gewalttaten an Wochenenden verringert werden. lsw

## Rückenwind für Stolz

### Ärzte tragen Gesprächsabsage mit

**Stuttgart/Berlin.** Der Streit um die künftige Finanzierung der Krankenhäuser spitzt sich weiter zu: Der Ärzterverband Hartmannbund stärkte Landessozialministerin Monika Stolz (CDU) in ihrem Protest gegen die Pläne des Bundes gestern den Rücken.

Stolz hatte ihre Teilnahme an der Ministerkonferenz am 5. September in Berlin abgesagt, zu der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) einlädt. Begründung: Schmidt missachte den Beschluss der Länder zur Finanzierung der Krankenhäuser durch Länder und Kassen. „Durch die Abkehr vom bisherigen Finanzierungssystem ist die gute Krankenhausversorgung im Südwesten gefährdet“, pflichtete der Landeschef des Hartmannbundes, Roland Quast, Ministerin Stolz bei. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesge-

sundheitsministerium, Marion Caspers-Merk (SPD) kritisierte die Absage Stolz. Eine „Politik des leeren Stuhls“ durch die Landesgesundheitsministerin schade Krankenhausbeschäftigten und Patienten. Auch die SPD-Landtagsfraktion kritisierte die Absage. „Es ist wirklich ein Skandal, dass sich die Gesundheitsministerin Gesprächen über die zukünftige Finanzierung der Krankenhäuser verweigert“, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin Ulla Haußmann.

Gestern demonstrierten etwa 60 Beschäftigte von Stuttgarter Kliniken unter dem Motto „Krankenhäuser gehen baden“ gegen den Personalmangel und die unzureichende Versorgung der Patienten. Sie forderten eine dauerhaft gesicherte Krankenhausfinanzierung und eine Aufhebung der Budgetdeckelung durch den Bund. lsw

## Statt Gewinnen nur heiße Luft

### Werbefirma muss 17 000 Euro zahlen

**„Glücksbringer“ heißt die Firma, die mit dubiosen Gewinnversprechen Kunden angelte. Die Strafe: Ein Ordnungsgeld in Höhe von 17 000 Euro.**

**Offenburg.** Die Masche ist bekannt: Massenhaft werden Werbeschreiben verschickt, in denen von angeblichen Gewinnen die Rede ist. Ein Offenburger Unternehmen hat solche irreführende Werbung trotz eines gerichtlich verfügten Verbots weiter betrieben. Jetzt verurteilte das Oberlandesgericht Karlsruhe nach Angaben der Wettbewerbszentrale die Firma zu einem Ordnungsgeld in Höhe von 17 000 Euro (Aktenzeichen: 4 W 25/08).

Die Wettbewerbszentrale war als Klägerin gegen das Unternehmen vorgegangen, weil dieses im Jahr 2007 Gewinnbestätigungen an beliebige Adressaten versandt hatte. In diesen hieß es unter anderem: „26 750 ... hier ist sie endlich, die Bestätigung Ihres offiziellen Gewinnes ... Sie haben die stolze Summe von 26 750 gewonnen.“ Eine Rückmeldung sei per Post oder am besten per Telefon möglich. „Und dort wurde dann abgezockt“, kritisierte eine Sprecherin der Wettbewerbszentrale. Denn bei der in Aussicht gestellten Summe handelt es sich nicht um Euro, sondern um Gewinnpunkte, wie sich erst auf den zwei-

ten Blick erschließt. „Da muss man schon sehr, sehr genau hinschauen“, meinte Anwältin Susanne Jennewein von der Wettbewerbszentrale. Wozu diese Punkte berechtigten, sei völlig unklar.

Die Wettbewerbszentrale und die Justiz vertreten deshalb die Auffassung, dass diese Gewinnbestätigungen irreführend sind. Gegen die auferlegte Unterlassung hatte die Glücksbringer GmbH verstoßen, als sie in weiteren Anschreiben erklärte, der „Wert-Scheck“ läge zur Buchung vor. Außerdem wurde die Gutschrift der im Scheck genannten „Summe“ von einer Rückmeldung des Adressaten abhängig gemacht – allerdings durch einen gebührenpflichtigen Telefonanruf, wie Jennewein kritisiert. Die Kosten eines einzigen Telefonats konnten sich dabei auf 50 Euro summieren.

Nach Angaben der Wettbewerbszentrale könnte der Fall auch noch strafrechtliche Konsequenzen für die Firma haben. Die Staatsanwaltschaft Offenburg habe die Ermittlungen aufgenommen, sagte Jennewein. Die Glücksbringer GmbH war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Die Wettbewerbszentrale ist nach eigenen Angaben eine Selbstkontrollinstitution der deutschen Wirtschaft. Getragen wird sie von mehr als 1200 Unternehmen und über 600 Kammer- und Verbänden. lsw

## Von Oberschwaben lernen

### Im Nachbarland fordern 500 Grundschulleiter kleinere Klassen und mehr Lehrer

**Frankfurt/Ravensburg.** Der Aufstand der oberschwäbischen Hauptschulleitenden macht Schule in Hessen. Inspiriert vom großen Echo auf den Brandbrief der baden-württembergischen Rektoren haben nun 500 Lehrerinnen und Leiter hessischer Grundschulen einen Aufruf gegen die Schulpolitik ihres Landes unterzeichnet. Damit unterstützt je-

der zweite Grundschulchef zwischen Darmstadt und Kassel den Appell für kleinere Klassen und mehr Lehrer. In Baden-Württemberg hatten im vergangenen Jahr zunächst 100 Hauptschulleitenden, meist aus Oberschwaben, die Schulpolitik von Kultusminister Helmut Rau (CDU) in Frage gestellt. Die hessischen Nachahmer sagten, die Schul-

## Stuttgart 21: Städtetag attackiert BUND

**Ulm.** „Die Diskussion ist nur noch peinlich. Was die Gegner von Stuttgart 21 vollführen, ist ein Trauerspiel, was sie präsentieren, ist eine Fata Morgana.“ Mit deutlichen Worten kritisiert der baden-württembergische Städtetagspräsident und Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner (SPD) die Gegner des Vorhabens „Stuttgart 21“, vornehmlich die Grünen und den Bund Umwelt und Naturschutz (BUND). Gleichzeitig fordert Gönner Ministerpräsident Günther Oettinger, Landesregierung und Landtagsmehrheit auf, „Kurs zu halten“. Das Doppelpjekt der Verlegung des Hauptbahnhofs Stuttgart unter die Erde und des Neubaus der Schnellbahnstrecke nach Ulm müsse ungeachtet der Diskussionen um die Kostensteigerung für „Stuttgart 21“ auf 3,076 Milliarden Euro vorangetrieben werden.

Beides sei untrennbar miteinander verbunden und ein „infrastrukturelles Jahrhundertwerk“, das dem Südwesten Zukunft sichere. Das Vorgehen der Gegner sei durchsichtig, sagte Gönner gegenüber der SÜDWEST PRESSE. „Über die Kostendiskussion wird versucht, einen Teil zu Fall zu bringen, um am Ende alles zu verhindern.“ Gönners harsche Kritik richtet sich vor allem gegen den BUND und dessen Landesvorsitzende Brigitte Dahlbender. Dies ist politisch pikant, denn beide sind nicht nur Ulmer, beide gehören auch der SPD an. hut

rebellieren aus Baden-Württemberg hätten gezeigt, dass gemeinsamer Protest mehr bewirke als einzelne Kritik. Disziplinarische Konsequenzen fürchten sie nicht. In Hessen gebe es wegen der unklaren Machtverhältnisse vielleicht bald einen neuen Wahlkampf, sagte GEW-Landesvorsitzender Jochen Nagel, „da wird niemand vorgeladen.“ fvb